

**Kommunalisierung der sozialen Hilfen in Hessen  
Hier: Verlängerung der diesbezüglichen Zuwendungsverträge mit freien  
Trägern**

Berichtersteller/-in: Stadträtin Anne Janz

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, die mit den freien Trägern abgeschlossenen Zuwendungsverträge über die Kommunalisierung der Mittel für die sozialen Hilfen in Hessen bis zum Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung zu verlängern.“

**Begründung:**

Die Rahmenvereinbarung zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden in Hessen und der hessischen Landesregierung sowie der Liga der freien Wohlfahrtspflege und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen über die Grundsätze der Neustrukturierung der Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen vom 14.12.2004 ist bis zum 30.06.2008 nicht gekündigt worden und verlängert sich aufgrund dieser Tatsache um ein weiteres Jahr. Die städtischen Zuwendungsverträge mit den freien Trägern im Bereich der sozialen Hilfen sind aufgrund der Tatsache, dass ab 01.01.2009 eine neue Rahmenvereinbarung zwischen den bisherigen Partner angestrebt wurde, bis zum 31.12.2008 befristet.

Da gegenwärtig nicht absehbar ist, wann diese neue Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden kann, verlängert sich zwar aufgrund der geltenden Regelungen die jetzige Rahmenvereinbarung, nicht aber die zwischen der Stadt Kassel und den freien Trägern in Kassel abgeschlossenen Zuwendungsverträge.

Vor diesem Hintergrund sollten die bestehenden Zuwendungsverträge mit freien Trägern in Kassel, wegen der Auswirkungen für den städtischen Haushalt zunächst nur um ein Jahr, bis zum 31.12.2009 verlängert werden.

Aufgrund der bisherigen Zusammenarbeit bei der Kommunalisierung der sozialen Hilfen in Hessen auf örtlicher Ebene ist nicht damit zu rechnen, dass es grundsätzliche Verschiebungen innerhalb des verabredeten Budgets bzw. der Aufteilung der

Landesmittel mit den freien Trägern geben wird, so dass eine Verlängerung auf der bisherigen Grundlage bis Ende 2009 geboten ist .

Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister